



Research Paper

# **(K)Ein bisschen Frieden?**

## **Kriegsängste als Katalysatoren für gesellschaftliche Spaltungsprozesse**

Pia Lamberty  
Lea Frühwirth  
Julia Smirnova

September 2025

## Zentrale Befunde

Kriege sind längst nicht mehr auf militärische Kampfzonen begrenzt. In einer global vernetzten Welt wirken sie weit in nicht direkt betroffene Gesellschaften hinein, schüren Ängste, beeinflussen politische Einstellungen und verstärken gesellschaftliche Spannungen.

In Deutschland zeigen unsere aktuellen Umfragedaten: Die Angst vor Krieg ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen – mit *weitreichenden* psychosozialen und politischen Konsequenzen.

- 41 % der Befragten geben an, Angst vor einem Dritten Weltkrieg zu haben.
- 38 % halten neue Kriege in Europa für wahrscheinlich.
- 54 % erwarten eine Verschlechterung der sicherheitspolitischen Lage in den nächsten fünf Jahren.
- Nur 20 % fühlen sich im Fall einer Eskalation ausreichend staatlich geschützt.
- 53 % wünschen sich mehr Aufklärung durch die Regierung über Kriegsgefahren.
- Rund ein Drittel vermutet, dass wirtschaftliche Interessen (z. B. der Rüstungsindustrie) hinter der aktuellen Verteidigungspolitik stehen.
- 38 % sehen eine gezielte Nutzung von Angst durch politische Eliten zur Legitimation militärischer Ausgaben.
- Angst vor Kontrollverlust und Zukunftsunsicherheit sind emotionale Treiber, die die Anfälligkeit für populistische und verschwörungsideologische Narrative erhöhen.
- Radikale Akteure bieten einfache Schuldzuweisungen, klare Identitäten und scheinbare Handlungsfähigkeit – gerade in Phasen der Unsicherheit.

## Einleitung

Die Gegenwart ist von multiplen Unsicherheiten geprägt. Alte Sicherheiten weichen einer neuen Lebensrealität, in der auch kriegerische Szenarien plötzlich ins Bewusstsein der Bevölkerung rücken. In den letzten Jahren hat die Zahl an gewalttätigen Konflikten und Kriegen immer weiter zugenommen. Kriege haben nicht nur verheerende Konsequenzen vor Ort, sondern auch das Potenzial, Gesellschaften außerhalb der vom Konflikt direkt betroffenen Gebiete zu destabilisieren. Autoritäre Kräfte wie Russland, Iran, China oder Nordkorea versuchen, diese Effekte durch Propaganda oder Desinformation weiter zu verschärfen. Die Warnungen der Sicherheitsbehörden in Europa vor einer Ausweitung der imperialistischen Bestrebungen Russlands wurden zuletzt immer dringlicher. Gesellschaftlich werden die Themen Krieg und Frieden kontrovers diskutiert.

Kriege finden längst nicht mehr nur dort statt, wo direkt gekämpft wird. Hybride Bedrohungen haben mit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine auch in Deutschland massiv zugenommen. Meldungen über Drohnen, die über Bundeswehr-Kasernen gesichtet werden, machen die Runde (Ulrich, 2025). Russische Flugzeuge dringen wiederholt unangemeldet in NATO-Luftraum ein (Frank, 2025). GPS-Signale werden insbesondere im Ostseeraum großflächig durch sogenanntes *GPS Jamming* gestört (Wolfangel, 2024). Ostseekabel werden immer wieder durchtrennt. Auch Desinformation ist Bestandteil von hybriden Bedrohungsszenarien. Hybride Bedrohungen beschreiben die Grauzone zwischen Krieg und Frieden. Die Uneindeutigkeit der Zuordnung der Aggression gehört dabei zum integralen Bestandteil dieser Form der Bedrohung.

Zusätzlich lässt sich feststellen: Kriege belasten Menschen auch dort, wo sie nicht direkt betroffen sind. Laut einer wissenschaftlichen Untersuchung unter anderem von der Universität Münster ist die mentale Belastung durch den russischen Angriffskrieg in Europa größer gewesen als beispielsweise durch den ersten Corona-Lockdown (Scharbert et al., 2024). „Unsere Daten weisen darauf hin, dass politische und gesellschaftliche Akteure in Krisenzeiten auch die mentale Gesundheit in den Fokus nehmen sollten – besonders von Menschen, die ohnehin anfälliger für Belastungen sind“, resümieren die Forscher:innen (Scharbert et al., 2024). Neben der mentalen Belastung können Kriege auch Anlass für Radikalisierungen sein, weil sie emotionale, soziale und politische Dynamiken auslösen, die Radikalisierung begünstigen können.

### Psychologische Perspektiven auf Autoritarismus und Kriegsangst

Kriege lösen eine Vielzahl intensiver Emotionen aus – von Ohnmacht und Angst bis hin zu Wut und Hilflosigkeit. Diese Reaktionen erleben nicht nur direkt Betroffene in Kriegsgebieten, sondern auch jene, die sich „nur“ über Medien mit dem Kriegsgeschehen oder potenziellen Bedrohungsszenarien auseinandersetzen. Bereits die abstrakte Angst vor einem Krieg kann zu einer mentalen Belastung werden. Viele Menschen erleben in solchen Momenten ein tiefgreifendes Gefühl von Kontrollverlust: Die Welt erscheint unsicherer, weniger vorhersehbar. Es entsteht der Eindruck, dass die

Gegenwart entgleitet und vertraute Strukturen ins Wanken geraten. Die Bedrohung bleibt aber gleichzeitig für viele diffus, schwer einzuordnen – und gerade das macht sie psychologisch so wirksam.

Kriege rühren oft an tieferliegende Fragen von Identität, Zugehörigkeit und Solidarität. In ohnehin polarisierten Gesellschaften verstärken solche Dynamiken den Druck, sich eindeutig zu positionieren. Menschen ziehen sich verstärkt in Gruppen zurück, die ihre Sichtweise bestätigen. Differenzierte Stimmen haben es dann schwerer, Gehör zu finden – sie geraten leicht unter Druck oder verstummen ganz. Die Folge ist eine zunehmende Schwarz-Weiß-Sicht auf komplexe Konflikte, in der Kompromisse kaum mehr möglich scheinen. Wird gleichzeitig das Gefühl vermittelt, dass die Politik versagt oder sich nicht klar positioniert, wächst das Misstrauen in demokratische Institutionen – ein weiteres Einfallstor für extremistische Ideologien.

In Momenten der Unsicherheit greifen Menschen verstärkt zu einfachen Erklärungsmodellen, die scheinbar Ordnung in das Chaos bringen. Psychologische Forschung konnte zeigen, dass das subjektive Gefühl von Kontrollverlust in einem engen Zusammenhang mit dem Glauben an Verschwörungserzählungen steht (Stojanov & Halberstadt, 2020). Auch magisches Denken – also der Glaube, dass man durch bestimmte Rituale oder Gedanken Einfluss auf Ereignisse nehmen könne – nimmt in Phasen des Kontrollverlusts nachweislich zu. Solche psychologischen Mechanismen dienen zwar kurzfristig der Bewältigung, können langfristig jedoch problematische Folgen haben. Die Coronapandemie hat eindrücklich gezeigt, dass Verschwörungsideologien Radikalisierungen begünstigen können (Imhoff & Lamberty, 2020).

Zudem zeigen andere Studien, dass die wahrgenommene Bedrohung durch vermeintlich "fremde" Gruppen zu einem Anstieg an Vorurteilen führen kann. In angespannten gesellschaftlichen Situationen steigt die Tendenz, in "Wir" und "Die" zu denken. Diese Polarisierung kann wiederum Radikalisierungsprozesse befördern. Die Angst vor Gewalt – ob real erlebt oder antizipiert – macht Menschen anfälliger für extremistische und radikale Ansichten, da diese oft einfache Antworten und klare Feindbilder anbieten. Damit bergen Kriege und ihre psychologischen Folgen nicht nur individuelle Risiken, sondern können auch das gesellschaftliche Klima nachhaltig verändern (Spanovic et al., 2010).

Menschen möchten nicht nur zusehen: Sie wollen helfen, eingreifen, sich positionieren. Und wenn konkrete Handlungsmöglichkeiten fehlen oder als wirkungslos erlebt werden, steigt die Anfälligkeit für einfache, radikale Lösungen. Radikale Gruppen bieten genau das: ein klares Feindbild, eine starke Gemeinschaft, eine Handlungsperspektive – auch wenn diese destruktiv ist.

## Propaganda und die Angst vor Krieg: Nährboden für autoritäre Kräfte

Das Schüren von Kriegsängsten ist integraler Bestandteil illegitimer Einflussversuche, etwa im Kontext russischer Desinformationskampagnen. Die Ängste der Bevölkerung

werden in solchen Fällen als Hebel missbraucht, um bestimmte Ziele zu erreichen. Zum Monatswechsel November - Dezember 2024 fand beispielsweise eine gefälschte Website Verbreitung, die sich als Auftritt der Deutschen Bundeswehr ausgab. Dort wurde für das Jahr 2025 eine vermeintliche Wehrpflicht angekündigt, da man zur „Wahrung und Wiederherstellung des Friedens in Osteuropa“ bis Mai 2025 „bereit sein“ müsse. Die Seite wurde als Fälschung entlarvt und vom Netz genommen.



Abbildung 1: Desinformationskampagne zum Thema Wehrpflicht im Winter 2024

Sowohl die Website als auch der dazugehörige Hashtag *#Wehrpflicht2025* wurde auf mehreren Social Media-Plattformen geteilt, darunter mehrere Beiträge auf X, Telegram und Facebook, sowie einzelne Beiträge auf TikTok. Die meisten teilenden Accounts interpretierten die Webseite in ihren Postings als vermeintlichen Beweis für eine geplante aktive Kriegsbeteiligung Deutschlands in der Ukraine. Inwiefern User:innen hier bewusst eine gefälschte Seite verbreitet haben oder diese selbst für echt hielten, ist in den meisten Fällen nicht feststellbar. Unter den Verbreiter:innen fand sich allerdings auch die prorussische Influencerin Alina Lipp. Der Fall der gefälschten Bundeswehrseite zeigt, wie (pro)russische Akteur:innen Kriegsangst für die eigenen geopolitischen Zwecke instrumentalisieren. Das (pro)russische Kernnarrativ der Diskreditierung der Ukrainehilfe wurde in der Vergangenheit immer wieder über Drohgebärden vermeintlich direkter Kriegsbedrohung vermittelt. Die Message: „Hört auf, die Ukraine zu unterstützen, sonst kommt der Krieg zu euch“.

Auch im Sommer 2025 wurden Ängste vor einer Eskalation weiter geschürt. Russische Staatsmedien, prorussische deutschsprachige Medien und Accounts auf Telegram, Facebook, X und YouTube verbreiteten im Juli 2025 unbelegte Behauptungen über einen angeblich bevorstehenden Angriff der NATO auf das russische Gebiet Kaliningrad. Seit dem 27. Juli wird zudem die Behauptung verbreitet, dass der Angriff angeblich unmittelbar bevorstehe und vermutlich während des russisch-belarussischen Manövers Sapad-2025 stattfinden werde. Dabei beziehen sich russische Medien auf den deutschen prorussischen Aktivistin Ralph Niemeyer, der sich momentan in Kaliningrad aufhält. Die Behauptungen stellen die NATO als Aggressor dar, der angeblich einen nuklearen Krieg mit Russland riskiert.

### Rechtsextreme: Krieg und Frieden als Mobilisierungsfläche

Rechtsextreme Akteur:innen nutzen sowohl Krieg als auch Frieden wiederholt für ihre eigene Agitation und Propaganda. Konflikte und geopolitische Krisen bieten ihnen immer wieder Anknüpfungspunkte, um antiwestliche, verschwörungsideologische und autoritäre Narrative zu verbreiten. Nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 bildeten sich in Deutschland und in anderen europäischen Ländern beispielsweise die sogenannten „Mahnwachen für den Frieden“. Diese Protestform war von Anfang an ein ideologisches Sammelbecken verschiedenster Strömungen – von Esoteriker:innen über Querfrontakteur:innen bis hin zu organisierten Rechtsextremen.

Der kleinste gemeinsame Nenner dieser Gruppierungen war dabei weniger ein tatsächliches friedenspolitisches Anliegen, sondern vielmehr die Ablehnung westlicher Institutionen und Bündnisse – insbesondere der NATO, der USA und Israels. Dementsprechend trafen autoritär-linke Akteur:innen auf bürgerliche Milieus und verschwörungsideologische Gruppen, die in Teilen offen antisemitische, antiamerikanische und antizionistische Positionen vertraten. Laut einer Studie zu den sogenannten „Montagsmahnwachen für den Frieden“ zeigten sich unter den Teilnehmenden weit verbreitete autoritäre Einstellungen sowie eine hohe Affinität zu verschwörungsideologischen Weltbildern. „Besonders antiamerikanische und verschwörungsideologische, aber auch antizionistisch-antisemitische und autoritäre Einstellungen“ hätten unter den Befragten „eine teils große Verbreitung“, schreiben die Autorinnen der Untersuchung (Daphi et al., 2014).

Diese ideologische Gemengelage wurde von rechtsextremen Medien strategisch aufgegriffen und verstärkt. So instrumentalisierte das rechtsextreme Magazin *Compact* ab 2022 erneut den Krieg gegen die Ukraine, um seine eigene Agenda zu verbreiten. „Im Krieg gegen die Ukraine steht Compact fest an der Seite Putins und warf gleich nach Kriegsbeginn die Sonderausgabe »Feindbild Russland« auf den Markt, um »über die Hintergründe der aktuellen Stimmungsmache« gegen Moskau zu informieren“, schreibt dazu Kai Budler für das antifaschistische Magazin „der rechte rand“ (Budler, 2022). Mit dieser Ausgabe sollte ein prorussisches Framing etabliert werden, das sich gegen westliche Solidarität mit der Ukraine richtete.

Auch Personen aus dem verschwörungsideologischen Spektrum griffen das Kriegsgeschehen auf, um ihre Narrative zu untermauern. Heiko Schöning, Mitbegründer der sogenannten *Ärzte für Aufklärung*, sprach beispielsweise im Interview mit Stefan Magnet beim verschwörungsideologischen Sender *Auf1* davon, dass es „weltweite Kriegsvorbereitungen“ gebe – angeblich im Rahmen eines „Kampfs um die globalistische Vorherrschaft“. Solche Aussagen bedienen nicht nur antisemitische Codes, sondern auch die Vorstellung einer geheimen Elite, die im Hintergrund Kriege inszeniere. Damit wird der reale geopolitische Konflikt entpolitisiert und in ein verschwörungsideologisches Weltbild integriert, das für rechtsextreme und antidemokratische Gruppen anschlussfähig ist. Die rechtsextreme *Alternative für Deutschland* inszeniert sich wiederholt als vermeintliche Friedenspartei. Gemeint ist damit aber eher eine Abkehr von der Unterstützung der Ukraine hin zu russlandfreundlichen Positionen. Es gab immer wieder Meldungen über enge Verstrickungen von Politiker:innen der AfD mit russischen Akteur:innen (Lange & Eschmann, 2024).

## CeMAS–Umfrage zum Thema Krieg und Frieden: Kriegssorgen in der Gesellschaft

Ängste vor Krieg und militärischer Eskalation sind in vielen Gesellschaften weit verbreitet – und aktuelle Umfragen zeigen, dass sie auch in Deutschland eine bedeutende Rolle spielen. CeMAS erhebt seit Beginn der russischen Vollinvasion in die Ukraine im Februar 2022 verschiedene Sorgen und Einstellungen der Bevölkerung. Die CeMAS-Umfragen sind als serielle Querschnitts-Online-Erhebungen konzipiert, an der seit 2022 etwa 2.000 Personen in regelmäßigen Datenerhebungen teilnehmen. Die Umfragen werden über den Panelanbieter „Bilendi“ organisiert.

## Stichprobenbeschreibung

An der gegenwärtigen Umfrage, die über „Bilendi“ organisiert wurde, haben im Zeitraum zwischen dem 24. April und 18. Mai 2025 insgesamt  $N = 2.136$  Personen teilgenommen. Es wurde eine repräsentative Verteilung der Befragten nach Alter  $\times$  Geschlecht sowie Bundesland auf Basis der Zensusdaten aus Deutschland angestrebt. Es nahmen  $n = 1050$  Männer,  $n = 1083$  Frauen und drei Personen mit sonstigen Geschlechtsidentitäten teil. Im Mittelwert lag das Alter der Teilnehmenden bei  $M = 49.55$  Jahren ( $SD = 16.35$ ).

Tabelle 1: Altersverteilung der Stichprobe

Altersgruppe	Häufigkeit	Prozent
18-29 Jahre	334	15.6
30-39 Jahre	298	14.0
40-49	425	19.9
50-59 Jahre	374	17.5
Über 60 Jahre	705	33.0

Tabelle 2: Verteilung nach Bundesländern in der Stichprobe

Bundesland	Häufigkeit	Prozent
Baden-Württemberg	278	13.0
Bayern	324	15.2
Berlin	86	4.0
Brandenburg	65	3.0
Bremen	21	1.0
Hamburg	43	2.0
Hessen	150	7.0
Mecklenburg-Vorpommern	44	2.1
Niedersachsen	214	10.0
Nordrhein-Westfalen	481	22.5
Rheinland-Pfalz	107	5.0
Saarland	22	1.0
Sachsen	109	5.1
Sachsen-Anhalt	63	2.9
Schleswig-Holstein	64	3.0
Thüringen	65	3.0

## Ängste vor Krieg in der deutschen Gesellschaft

Verschiedene Erhebungen haben sich bereits mit der Frage auseinandergesetzt, wie groß die Ängste vor kriegerischen Eskalationen in der deutschen Gesellschaft sind. Dabei finden sich vorrangig einmalig erhobene Daten oder jährliche Abfragen. Mit der CeMAS-Umfrage liegen nun Daten vor, die die Entwicklungen im Verlauf für verschiedene Szenarien detailliert aufzeigen.

Tabelle 3: Ängste vor kriegerischer Eskalation in Prozent

	Ich habe Angst, dass es zu einem Dritten Weltkrieg kommt.	Ich habe Angst, dass es zu einem Atomkrieg kommt.	Wenn ich an die nächsten fünf Jahre denke, gehe ich davon aus, dass sich die Situation in Deutschland in Bezug auf Frieden und Sicherheit verschlechtern wird.	Angesichts der zunehmenden Spannungen zwischen Russland und dem Westen halte ich neue Kriege in Europa für wahrscheinlich.
Trifft überhaupt nicht zu	7.2	10.8	3.4	3.6
Trifft eher nicht zu	18.2	25.1	12.6	12.7
Trifft teils, teils zu	33.2	29.3	29.8	31.7
Trifft eher zu	26.8	21.4	37.5	38
Trifft vollkommen zu	14.6	13.3	16.7	13.9

Die Ergebnisse der Befragung im April und Mai 2025 zeichnen ein deutliches Bild gesellschaftlicher Verunsicherung im Angesicht globaler Spannungen. Eine große Zahl der Befragten äußerte Sorgen vor einer Eskalation internationaler Konflikte: 41,4 Prozent stimmen der Aussage zu, dass sie Angst vor einem Dritten Weltkrieg haben – 14,6 Prozent sogar vollkommen. Ebenfalls hoch ist der Anteil derer, die einen Atomkrieg befürchten: Insgesamt 34,7 Prozent geben an, dass diese Sorge eher oder vollkommen auf sie zutrifft.

Besonders ausgeprägt ist die pessimistische Erwartung mit Blick auf die zukünftige Sicherheitslage in Deutschland: Über die Hälfte der Befragten (54,2 %) geht davon aus, dass sich die Situation in den kommenden fünf Jahren verschlechtern wird. Auch die Einschätzung zur Wahrscheinlichkeit neuer Kriege in Europa spiegelt diese Stimmung wider: 51,9 Prozent halten angesichts der zunehmenden Spannungen zwischen Russland und dem Westen neue militärische Konflikte für wahrscheinlich.

Zwar gibt es auch eine relevante Gruppe von Menschen, die solche Szenarien für unwahrscheinlich halten – je nach Aussage rund ein Viertel bis ein Drittel –, doch die dominierende Mitte der Gesellschaft befindet sich im Modus des Abwägens: Ein großer Teil der Befragten wählt „teils, teils“, was auf Unsicherheit und Ambivalenz hindeutet. Die Ergebnisse machen deutlich, wie sehr geopolitische Entwicklungen bereits in das individuelle Sicherheitsgefühl hineinwirken.

Tabelle 4: Ängste vor einem möglichen dritten Weltkrieg im Zeitverlauf in Prozent

Monat	Zustimmung	Teils, teils	Ablehnung
Mai 25	41.4	33.2	25.4
Juli 24	38.3	32.1	29.6
März 24	41.1	32.4	26.5
Dezember 23	34.9	32.9	32.1
Februar 23	38.5	32.9	28.7
Januar 23	32.3	32.7	34.9
Dezember 22	31.3	33.1	35.6

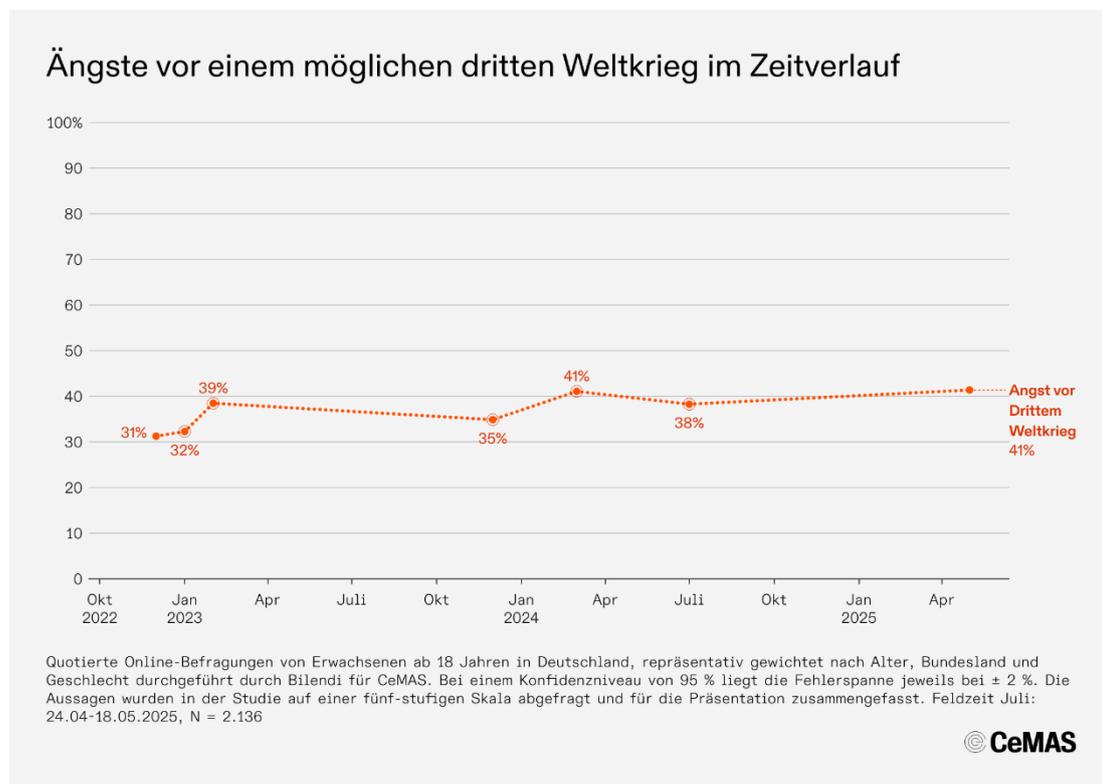


Abbildung 2: Ängste vor einem möglichen Dritten Weltkrieg

Generell schwankte die Zustimmung zu Ängsten vor einem dritten Weltkrieg zwischen 31 % im Jahr 2022 und 41% in diesem Jahr. Im Mai 2025 erreichte die Sorge ihren Höhepunkt, mit 41,4 % der Befragten, die ein Gefühl der Angst benannten. Ein Jahr zuvor, im März 2024, lag die Zustimmung mit 41,1 % fast auf demselben hohen Niveau, während die Werte im Januar 2023 deutlich niedriger waren, nur 32,3 % der Menschen äußerten hierzu Befürchtungen. Diese Verschiebungen lassen darauf schließen, dass die öffentliche Wahrnehmung durch aktuelle geopolitische Kontexte beeinflusst wird.

Tabelle 5: Kriegsängste nach Bundesland in Prozent

Bundesland	Niedrige Kriegsangst	Teils, teils	Hohe Kriegsangst
Baden-Württemberg	29.0	32.6	38.4
Bayern	20.4	37.4	42.2
Berlin	25.6	36.0	38.4
Brandenburg	29.9	28.4	41.8
Bremen	14.3	23.8	61.9
Hamburg	25.6	30.2	44.2
Hessen	24.2	38.3	37.6
Mecklenburg-Vorpommern	15.9	27.3	56.8
Niedersachsen	29.5	34.1	36.4
Nordrhein-Westfalen	26.7	34.3	39.0
Rheinland-Pfalz	31.5	25.0	43.5
Saarland	27.3	22.7	50.0
Sachsen	17.3	29.1	53.6
Sachsen-Anhalt	24.2	29.0	46.8
Schleswig-Holstein	26.2	36.9	36.9
Thüringen	26.2	26.2	47.7

Anmerkung: Die Werte von Stadtstaaten und Kleinstbundesländern wie dem Saarland sind aufgrund der geringen Zellengröße nur wenig aussagekräftig.

Kriegsängste zeigen sich auch regional unterschiedlich. Unsere Analysen verdeutlichen, dass Menschen, die sich als ostdeutsch identifizieren, höhere Zustimmungswerte zu Kriegsangst haben als Menschen mit westdeutscher Sozialisation. Menschen, die angaben, sich ostdeutsch zu fühlen, zeigten zu 49,6 % Kriegsängste, während die Werte bei Westdeutschen bei 39,8 % lagen. Mit Blick auf die Bundesländer zeigen sich ebenfalls große Unterschiede in Bezug auf die Verbreitung von Kriegsangst. Die niedrigsten Werte gab es in Thüringen (33,8 %) und die höchsten bei den Flächenländern in Mecklenburg-Vorpommern (61,4 %).

Solche Unterschiede können verschiedene Ursachen haben, die weiter untersucht werden sollten. Es könnten hier sowohl Unterschiede in Bezug auf das Verhältnis zu Militär & Krieg generell oder zu Russland im Speziellen ausschlaggebend sein. Auch Faktoren wie die Nähe zum möglichen Konflikt können von Relevanz sein. Da ostdeutsche Bundesländer durch ihre geografische Lage näher an möglichen kriegerischen Konflikten liegen, können Ängste hier auch größer ausfallen.

## Politische Instrumentalisierung von Kriegen und Konflikten

Konflikte und Kriege werden gesellschaftlich breit diskutiert und sind deshalb auch immer wieder Gegenstand von Instrumentalisierungen. Bilder von Opfern anderer Kriege werden genutzt, um Stimmungen anzuheizen, Feindbilder zu schüren oder über das Thema Krieg die Demokratie an sich in Frage zu stellen.

In unseren Erhebungen haben wir uns mit der Frage auseinandergesetzt, inwiefern Kriegsangst ein Einfallstor für radikale Haltungen sein kann.

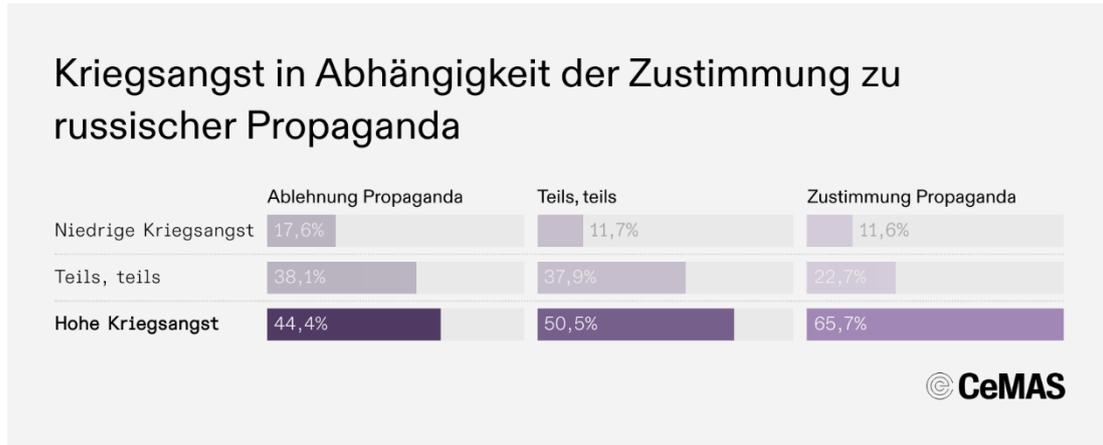


Abbildung 3: Kriegsangst in Abhängigkeit der Zustimmung zu russischer Propaganda<sup>12</sup>

Die Ergebnisse unserer Umfrage zeigen, dass Kriegsangst auch anfälliger machen kann für Propaganda. Tiefergehende Analysen verdeutlichen, dass die Kriegsangst in signifikantem Zusammenhang mit der Zustimmung zu prorussischer Propaganda steht,  $r = .165, p < .001$ . Je höher die Kriegsangst, desto eher stimmen Menschen prorussischer Propaganda zu und umgekehrt.

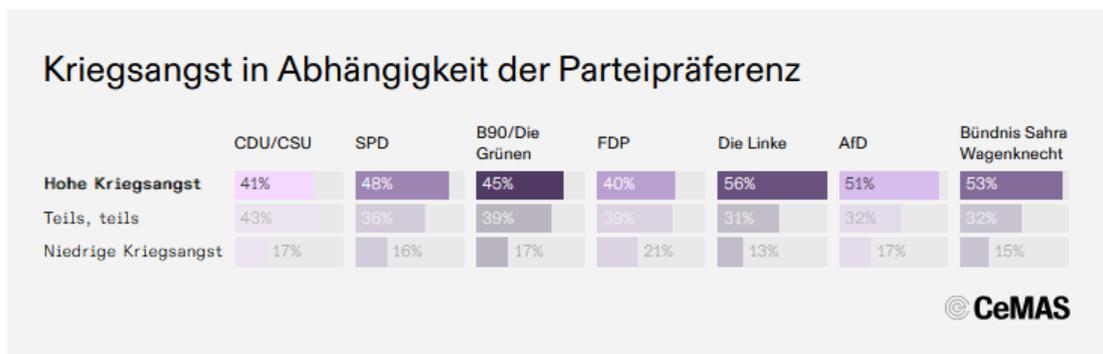


Abbildung 4: Kriegsangst in Abhängigkeit der Parteipräferenz in Prozent

<sup>1</sup> Für die Berechnung wurden für die Propaganda-Skala insgesamt sechs Items (z.B. „Der Krieg in der Ukraine dient nur der Ablenkung von der Corona-Pandemie.“;  $\alpha = .884$ ) und für Kriegsangst insgesamt vier Items (z.B. „Angesichts der zunehmenden Spannungen zwischen Russland und dem Westen halte ich neue Kriege in Europa für wahrscheinlich;  $\alpha = .838$ ) zu jeweils einer Skala zusammengefasst. In der Umfrage wurden die Items auf einer fünfstufigen Skala abgefragt und für die Darstellung der Ergebnisse zu drei Stufen zusammengefasst.

<sup>2</sup> Die angegebenen Prozentwerte sind gerundet; daher können Summen geringfügig von 100 % abweichen.

Politisch wird die Angst vor Krieg von Populist:innen wiederholt instrumentalisiert. Auch unsere Umfrage zeigt, dass die politische Haltung mit Kriegsangst zusammenhängen kann. Die Angst vor möglichen kriegerischen Eskalationen unterscheidet sich signifikant zwischen Anhänger:innen der verschiedenen Parteien,  $F(1,6) = 4.404$ ,  $p < .001$ ,  $\eta^2 = .014$ . Anhänger:innen der Partei Die Linke haben in der Umfrage die höchste Angst vor einer möglichen kriegerischen Eskalation, gefolgt von Anhänger:innen des BSW und der AfD.

### Wunsch nach politischer Einordnung

Wissen ist nicht nur reiner Selbstzweck, sondern kann auch psychologisch eine Funktion erfüllen. Wenn Menschen die Welt um sich herum verstehen, können sie besser in ihr navigieren. Für viele Menschen in Deutschland ist es das erste Mal, dass sie in ihrer Lebenszeit mit einer konkreteren Kriegsgefahr konfrontiert werden. Vielen fällt es schwer, diese Gefahr sachlich fundiert einzuordnen. Gleichzeitig tun sich Politik und Behörden oft schwer damit, eben diese Gefahren zu adressieren. Die Ergebnisse der Umfrage belegen allerdings klar, dass es in der Gesellschaft einen großen Bedarf nach Wissen zum Thema gibt. Insgesamt 53,4 % wünschen sich mehr Aufklärung durch die Regierung, weitere 31,1 % sehen das zumindest teilweise so.

Tabelle 6: Bewertung des politischen Umgangs mit Krieg und Frieden in Prozent

	Ich habe das Gefühl, dass in Deutschland genug für meine Sicherheit getan wird, sollte die Lage weiter militärisch eskalieren.	Ich würde mir wünschen, dass die Regierung mehr über die mögliche Kriegsgefahr in Deutschland aufklärt.	Die etablierten Parteien in Deutschland setzen mehr auf militärische Lösungen als auf Diplomatie.	Wirtschaftliche Interessen (z.B. der Rüstungsindustrie) sind die treibende Kraft hinter der aktuellen Kriegspolitik.
Trifft überhaupt nicht zu	19.7	4.9	12.2	8.1
Trifft eher nicht zu	30.5	10.6	25.2	16.5
Trifft teils, teils zu	29.6	31.1	33.9	33.3
Trifft eher zu	15.6	34.7	15.5	25
Trifft vollkommen zu	4.6	18.7	13.2	17

Mehr als die Hälfte der Befragten (50,2 %) finden, dass in Deutschland nicht genug für die eigene Sicherheit getan wird, wenn die Lage militärisch weiter eskalieren sollte. Nur knapp 5 % fühlen sich in dem Punkt hier gut aufgehoben. Viele haben zeitgleich auch das Gefühl, dass militärische Lösungen oft wichtiger seien als Diplomatie (28,7 %) und wirtschaftliche Interessen bzw. die Rüstungsindustrie eigentlich die treibende Kraft hinter der aktuellen Kriegspolitik seien (42 %).

### Wunsch nach (Selbst)verteidigung

In Deutschland wird seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine wieder verstärkt über die Frage diskutiert, wie weit die eigene Verteidigungsbereitschaft gehen würde – individuell wie gesellschaftlich. Die Meinungen dazu gehen weit auseinander.

Unsere aktuelle Umfrage zeigt: Ein gutes Viertel der Befragten (26,5 %) lehnt es kategorisch ab, für das eigene Land zu kämpfen. Auch das Engagement in der Bundeswehr stößt auf breite Ablehnung – über 65 % geben an, dass sie sich dort nicht freiwillig engagieren würden. Gleichzeitig ist die grundsätzliche Bereitschaft zur militärischen Landesverteidigung begrenzt: Nur 8,3 % stimmen der Aussage „Ich würde mein Land

militärisch verteidigen, wenn es angegriffen würde“ voll zu. Rund ein Drittel lehnt diese Vorstellung ganz ab.

Während staatlich organisierte Verteidigung von vielen skeptisch gesehen wird, denkt ein erheblicher Teil der Bevölkerung über individuelle Schutzmaßnahmen der Selbstverteidigung nach. Rund 24 % stimmen der Aussage zu, dass sie sich bei einer Eskalation der Sicherheitslage selbst verteidigen können müssten – weitere 29 % antworten mit „teils, teils“.

Tabelle 7: Verteidigungsbereitschaft in Prozent

	Ich würde niemals für mein Land kämpfen.	Ich habe schon daran gedacht, mich bei der Bundeswehr (z.B. als Freiwillige) zu melden, um meinen Beitrag zur Sicherheit zu leisten.	Ich würde mein Land militärisch verteidigen, wenn es angegriffen würde.	Ich habe das Gefühl, dass ich mich bei einer Eskalation der Lage selbst verteidigen können muss.
Trifft überhaupt nicht zu	26.5	65.5	34.9	22.1
Trifft eher nicht zu	18.3	15.8	22.7	24.2
Trifft teils, teils zu	29	10.1	22.2	29.3
Trifft eher zu	13.2	5.8	11.8	17.2
Trifft vollkommen zu	13	2.8	8.3	7.2

Der Wunsch nach Selbstverteidigung ist dabei besonders stark bei Menschen ausgeprägt, die eine hohe Kriegsangst zeigen. Hier scheint das Vertrauen in staatliche Stellen besonders niedrig zu sein.

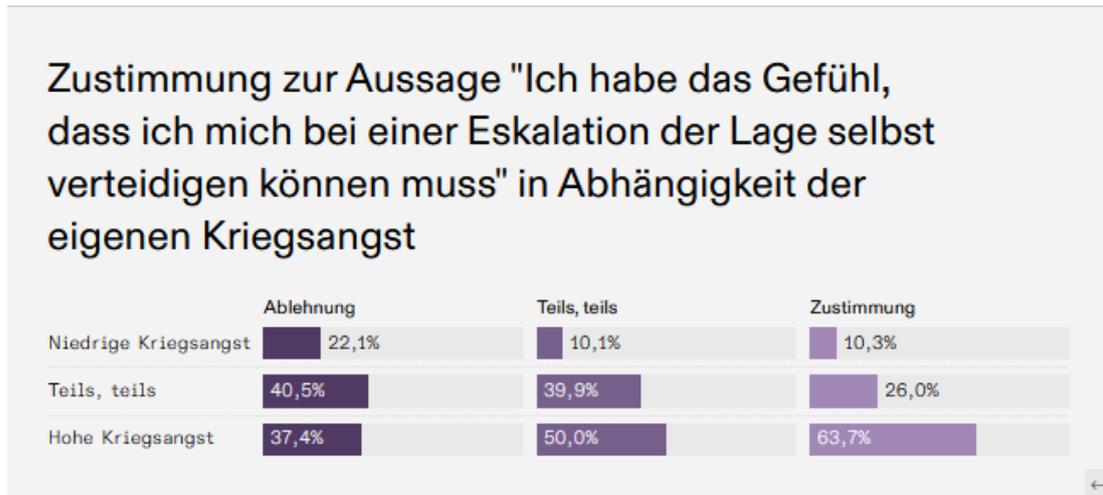


Abbildung 5: Zustimmung zur Aussage "Ich habe das Gefühl, dass ich mich bei einer Eskalation der Lage selbst verteidigen können muss" in Abhängigkeit der eigenen Kriegsangst

Es zeigen sich auch signifikante Unterschiede in Bezug auf politische Zugehörigkeiten. In Zusammenhang mit der eigenen Parteipräferenz war die wahrgenommene Notwendigkeit von Selbstverteidigung im Verteidigungsfalle bei Anhänger:innen der AfD deutlich am stärksten ausgeprägt: Während über 38 % der AfD-Anhänger:innen dieser Aussage zustimmen, gibt es bei den anderen Parteien deutlich niedrigere Zustimmungswerte (FDP: 30,1 %; CDU: 22,9 %; BSW: 20,2 %; Die Linke: 19,9 %, SPD: 19,9 %; B90/Grüne: 16,1 %).

## Krieg und Frieden durch die Linse der Gesellschaft

In der deutschen Bevölkerung zeigt sich ein differenziertes, teilweise auch skeptisches Bild darüber, wie über Krieg, Frieden und Sicherheit öffentlich gesprochen wird. Unsere Umfrage legt nahe, dass viele Menschen hinter der offiziellen Kommunikation politische Interessen oder Verzerrungen vermuten.

Tabelle 8: Gesellschaftliche Einschätzungen zu Krieg und Frieden in Prozent

	Friedensbewegungen werden oftmals als weltfremd dargestellt, um ihre gesellschaftliche Wirkung zu schwächen.	Ich denke, dass Menschen, die ihre Sorgen über einen drohenden Krieg äußern, oft fälschlicherweise als Kriegstreiber wahrgenommen werden.	Medien stellen zu oft einen Krieg als notwendiges Übel dar, um öffentliche Zustimmung zu erlangen.	Politische Eliten nutzen die Angst vor Krieg, um sinnlose militärische Ausgaben zu rechtfertigen.
Trifft überhaupt nicht zu	7.7	11.9	9.6	10.7
Trifft eher nicht zu	20.7	25.8	20.1	19.2
Trifft teils, teils zu	36.8	35.4	33.1	32.4
Trifft eher zu	21.9	18.0	21.9	20.2
Trifft vollkommen zu	13	8.9	15.2	17.5

So stimmen 35 % der Aussage (vollkommen) zu, dass Friedensbewegungen gezielt als weltfremd dargestellt werden würden, um ihre Wirkung zu schwächen – weitere 37 % zumindest teilweise. Nur rund 8 % weisen diese Einschätzung kategorisch zurück. Auch die Wahrnehmung von Menschen, die Sorgen über eine mögliche Eskalation äußern, wird kritisch gesehen: Fast 26,9% finden, dass solche Äußerungen häufig zu Unrecht als kriegstreiberisch interpretiert werden. Hier zeigt sich, dass sich viele Menschen falsch wahrgenommen fühlen in Bezug auf ihre Positionen zu Krieg und Frieden. Dies kann weiteres Spannungspotenzial in einer Gesellschaft bedeuten und sollte medial wie politisch bedacht werden.

Die mediale und politische Auseinandersetzung mit Krieg und Frieden wird gesellschaftlich vielfach eher kritisch betrachtet. Insgesamt 37,1 % sind überzeugt, dass Medien einen Krieg zu oft als notwendiges Übel inszenieren, um Zustimmung zu erzeugen. Am stärksten fällt das Misstrauen aber gegenüber der Politik aus: 17,5 % glauben vollkommen, dass politische Eliten die Angst vor Krieg gezielt nutzen, um militärische Ausgaben zu rechtfertigen, die eigentlich nicht notwendig sind. Nur 10,7 % halten diese Aussage für völlig unbegründet.

## Fazit

Die Ergebnisse der Befragung zeigen: Kriege hinterlassen auch fernab der Kampfzonen ihre Spuren. Mehr als 40 % der Menschen in Deutschland geben an, Angst vor einem Dritten Weltkrieg zu haben – diese Tendenz ist über die letzten Monate relativ konstant. Jede:r Dritte geht davon aus, dass sich die sicherheitspolitische Lage in Deutschland in den kommenden fünf Jahren verschlechtern wird. Auch neue Kriege in Europa halten viele für wahrscheinlich. Diese Zahlen machen deutlich: Die Bedrohung durch Kriege wird nicht nur als abstraktes geopolitisches Szenario wahrgenommen, sondern als reale, persönliche Gefahr erlebt.

Solche Ängste stehen nicht für sich allein. Sie wirken emotional und können – gerade in Phasen der Unsicherheit – zu einem Nährboden für Radikalisierung werden. Menschen fühlen sich betroffen, wollen helfen, eingreifen, sich positionieren. Bleiben Handlungsoptionen aus oder werden als wirkungslos empfunden, wächst die Anfälligkeit für einfache Erklärungs- und Feindbilder. In diesem Vakuum gewinnen radikale Akteure an Einfluss, indem sie klare Schuldige benennen und Handlungsfähigkeit versprechen – auch wenn dies mit Ausgrenzung, Hass oder Gewalt einhergeht.

Die Umfrage macht zudem ein gewisses Misstrauen gegenüber politischen und medialen Deutungen von Krieg und Sicherheit sichtbar: Rund ein Drittel der Befragten glaubt, dass Friedensbewegungen gezielt als weltfremd abgewertet werden. Ebenso viele halten es für plausibel, dass Kriege in den Medien als notwendiges Übel dargestellt werden, um Zustimmung zu erzeugen. Knapp 40% sind überzeugt, dass politische Eliten Angst gezielt einsetzen, um militärische Ausgaben zu rechtfertigen.

Auch die Erwartungen an den Staat sind ambivalent: Zwar fühlt sich rund ein Drittel ausreichend geschützt, sollte die Lage weiter eskalieren – gleichzeitig fordern über 50 % eine bessere staatliche Aufklärung über mögliche Kriegsgefahren. Diese Diskrepanz zwischen gefühlter Unsicherheit und fehlender Kommunikation schafft einen Raum, in dem auch verschwörungsideologische oder populistische Narrative Fuß fassen können und radikale Akteure aus dem Prepper-Milieu an Zulauf gewinnen können.

Insgesamt zeigen die Daten: Krieg ist mehr als ein militärisches Geschehen. Er wirkt als emotionales, soziales und politisches Ereignis, das weit über geografische Grenzen hinaus das gesellschaftliche Klima prägt – mit direkten Folgen für Zusammenhalt, Demokratie und Radikalisierungsdynamiken. Angst, Unsicherheit und das Bedürfnis nach Orientierung bilden dabei zentrale Faktoren, die sowohl für politische Aufklärung als auch für präventive Maßnahmen ernst genommen werden müssen.

## Literaturverzeichnis

Budler, K. (2022): „Compact“: Das Geschäft mit der Angst. <https://www.der-rechte-rand.de/archive/9343/compact-das-geschaeft-mit-der-angst/>

Daphi, P., Rucht, D., Stuppert, W., Teune, S., Ullrich, P. (2014): Occupy Frieden. Eine Befragung der Teilnehmer/innen der „Mahnwachen für den Frieden“. [https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/03/occupy-frieden\\_ipb-working-paper\\_web.pdf](https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/03/occupy-frieden_ipb-working-paper_web.pdf)

Frank, D. (2025): Russland prüft die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. <https://defence-network.com/russland-prueft-verteidigung-deutschland/>

Imhoff, R., Lamberty, P. (2020). A bioweapon or a hoax? The link between distinct conspiracy beliefs about the coronavirus disease (COVID-19) outbreak and pandemic behavior. *Social Psychological and Personality Science*, 11(8), 1110-1118.

Lange, T., Eschmann, A. (2024): Der AfD-Russland-China-Komplex. Wie die AfD als Lobby von Russland und China in Europa auftritt. <https://www.lobbycontrol.de/aus-der-lobbywelt/der-afd-russland-china-komplex-115749/>

Scharbert, J. et al. (2024): Psychological well-being in Europe after the outbreak of war in Ukraine. *Nature Communications*; DOI: 10.1038/s41467-024-44693-6

Spanovic, M., Lickel, B., Denson, T. F., Petrovic, N. (2010). Fear and anger as predictors of motivation for intergroup aggression: Evidence from Serbia and Republika Srpska. *Group Processes & Intergroup Relations*, 13(6), 725-739.

Stojanov, A., Halberstadt, J. (2020): Does lack of control lead to conspiracy beliefs? A meta-analysis. *European Journal of Social Psychology*, 50(5), 955-968.

Ulrich, G. F. (2025): Hybrider Krieg: Wie Putin Deutschlands Schwachstellen nutzt. <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/hybrider-krieg-wie-putin-deutschlands-schwachstellen-nutzt,UahzEVP>

Wolfangel, E. (2024): GPS-Jamming: Krieg per Satellitenfunk. <https://www.zeit.de/digital/2024-05/gps-jamming-estland-russland-flugverkehr-infrastruktur>

Redaktion:  
Pia Lamberty  
Julia Smirnova  
Lea Frühwirth

Kontakt:  
info@cemas.io

9. September 2025

Angaben gemäß § 5 TMG  
CeMAS – Center für Monitoring,  
Analyse und Strategie gGmbH  
Konstanzer Straße 15A, D-10707 Berlin

CeMAS, das Center für Monitoring, Analyse & Strategie, bündelt interdisziplinäre Expertise zu Verschwörungsideologien, Desinformation, Antisemitismus & Rechtsextremismus.

Handelsregister: HRB 226823 B  
Registergericht: Berlin  
USt-ID-Nummer: DE 340877977

Vertreten durch:  
Pia Lamberty und Josef Holnburger

Redaktionell verantwortlich:  
Josef Holnburger